

# Hohenstein-Ernstthal-Verzeiger

zugleich  
**Oberlungwitzer Tageblatt**  
und  
**Bersdorfer Tageblatt**

**Tageblatt für Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Bersdorf, Bernsdorf, Rösdorf, Bernsdorf, Wästenbrand, Mittelbach, Gröna, Ursprung, Kirchberg, Erlbach, Meinsdorf, Langenberg, Falken, Langenchursdorf usw.**

Nr. 296

Dienstag, den 23. Dezember 1919

46. Jahrgang

## I. Nachtrag

zum Ortsgesetz über Grubenräumung und Düngeabfuhr in Hohenstein-Ernstthal vom 18. April 1912.

§ 4 wird durch folgende Bestimmungen ersetzt:  
Die Räumung hat frageweise von Haus zu Haus zu erfolgen. Die Reihenfolge legt der Hausbesitzer fest. In jedem Jahre ist mindestens einmal zu räumen.  
Wird bei der frageweisen Räumung eine Grube nicht genügend gefüllt vorgefunden, so daß sich eine Räumung außer der Reihe nötig macht, so kann der Hausbesitzer die in § 7 geordnete Räumungsgebühr bis zum doppelten Maße erheben.  
Wird die Räumung früher erforderlich, als sie nach der festgesetzten Reihenfolge stattfinden würde, so ist von dem Grundstückbesitzer oder seinem Stellvertreter rechtzeitig und spätestens 3 Tage vor vorausschätzlicher völliger Fällung der Grube Anzeige an die städtische Verwaltung oder den Abfuhrunternehmer zu erstatten.

Der 1. Satz im 1. Absatz des § 7 erhält folgende Fassung:  
Als Entschädigung für die pneumatische Räumung der Gruben und die Abfuhr der Grubenmassen haben die Grundstückbesitzer, vorausgesetzt, daß der Stadtgemeinde oder dem Unternehmer sämtliche ausgedünnten Grubenstoffe überlassen werden, für je 1 cbm Grubenhalt 3,00 Mk. ohne Rücksicht auf die Länge des zu verwendenden Schlauches, sofern dieser die Länge von 30 m ohne Rücksicht auf die cbm-Zahl einen Zuschlag von 20 Pfg. für den Meter zu bezahlen.

Dieser Nachtrag tritt mit dem Tage seiner Veröffentlichung in Kraft.  
Hohenstein-Ernstthal, am 1. November 1919.

Der Stadtrat. (Eapl.) (ges.) Dr. P. A. B., Bürgermeister. Nr. 742. I. K.  
Die Stadtverordneten. (Eapl.) (ges.) E. Eichler, Vorsteher.

Genehmigt.

Dresden, am 1. Dezember 1919.

Ministerium des Innern.

I. Abteilung

1. A.: (ges.) Dr. Junk.

Kartoffeln, die infolge Frostwetters auf dem Transport Frostschäden erlitten haben, im Erdkeller an der Goldbachstraße. Jede Person 10 Pfund. 1 Pfund kostet 12 Pfg. Abgehäutes Geld ist mitzubringen.

Dienstag: 8-9: 1201-1300, 9-10: 1301-1400, 10-11: 1401-1500, 11-12: 1501 bis 1600, 2-3: 1601-1700, 3-4: 1701-1800, 4-5: 1801-1900.

Mittwoch: 8-9: 801-900, 9-10: 901-1000, 10-11: 1001-1100, 11-12: 1101-1200.

Sauobutter, 50 Gramm - 58 Pfg. 1-965 Schmidt.

Quark, jede Person 1/2 Pfund 35 Pfg. 3101-3360: Käse.

## Wiener „Enttüllungen“.

Aus Wien wird gemeldet:  
Das Staatsamt des Neujahrs legt die Veröffentlichung in den Rotbüchern zur Vorgeschichte des Krieges 1914 fort. Aus den Akten geht hervor, daß die serbische Aktion des Wiener Kabinetts keineswegs mit der deutschen Regierung einvernehmlich vorbereitet war. Die deutsche Regierung war bestrebt, den Konflikt zu lokalisieren. Die Legende von der Verstärkung des Widerstandes der Wiener Regierung durch Deutschland findet in dem Aktenmaterial keine Bestätigung.

Die Aktenstücke enthalten weiter ein Telegramm des deutschen Kaisers mit einem warmen Friedensappell an den Zaren und eine Depesche Radowitzs, daß Italien im eventuellen Weltkriege nicht an der Seite Deutschlands und Österreichs stehen werde.

Die weiteren Aktenstücke beziehen sich auf den englischen Vorschlag, eine Konferenz zu Wien zu führen als letztes Mittel zur Vermeidung des Weltkrieges. Owen bezieht sich Radowitzs, dessen Mitteilung Berlin sofort mit nachdrücklicher Empfehlung weiterleitete, die Vermittlung Englands anzunehmen, und durch Schirichthagen läßt, daß es für Österreich-Ungarn und Deutschland ungemein schwer wäre, die Verantwortung für die Folgen einer ablehnenden Haltung zu tragen. Im Ministerrat vom 31. Juli beglückwünscht die Antwort auf den ihm am 29. Juli zugegangenen Vermittlungsvorschlag, nachdem er Schirichthagen sofort erklärt hatte, daß die Einstellung der Feindseligkeiten unmöglich sei. Deutschland war am 30. und 31. Juli ohne Antwort aus Wien geblieben und mußte dies auf dringende Anfrage des englischen Botschafters zugeben. In London herrschte nun an der angeblichen bösen Absicht Deutschlands kein Zweifel mehr, und als am 1. August die Wiener Antwort ankam, war der letzte Versuch zur Vermeidung des Weltkrieges gescheitert.

Durch diese Veröffentlichung werden erneut einwandfrei, fast sensationell zu nennende Beweise dafür erbracht, daß Deutschland den Willen hatte, den Krieg zu vermeiden und daß tatsächlich der Wiener Schritt nicht von unfreiem Einverständnis begleitet war.

Außerdem wird nochmals die Schuld Wiens an der verspäteten Antwort auf den englischen Vermittlungsvorschlag, die bekanntlich Deutschland bei England als übelwollend in Mißacht brachte, durch amtliche Schriftstücke bewiesen. Diese Enttüllungen sind von so schwerem Gewicht, daß jeder, der nicht von fanatischem Haß gegen Deutschland geblendet ist, sein Urteil über den äußeren Anlaß des Krieges danach einstellen muß.

## Zepelin und Wilhelm II.

In den nächsten Tagen erscheint in Wien ein Buch des Oberleutnants Emil Seliger, der während des Krieges Pressereferent der Marineinfanterie war, unter dem Titel: Höhenruff der Räter Berlin und andere Enttüllungen. Aus diesem Buche veröffentlicht die „Wiener Allgemeine Zeitung“ einen Artikel, der sich mit der Audienz des Grafen Zepelin bei Wilhelm II. im Herbst 1915 in der Frage der Luftangriffe beschäftigt. Zepelin war der Ansicht, daß durch einen Masseneinsatz seiner Geschwader gegen London ein Erfolg erzielt werden könne und trug dies dem Kaiser vor. Dieser sagte: „Sie beschäftigen also, sämtliche Geschwader gleichzeitig über London zu schänden und die öffentliche Stadt London zu beweren?“ Majestät, London hat außerordentliche Abwehrmaßnahmen. In allen Eden und Enden sind seine Batterien und Scheinwerfer aufgestellt. Völlerrrechtlich ist London nicht als offene Stadt zu betrachten, und wie oft haben englische und französische Flieger nicht schon auf unsere Städte Bomben abgeworfen?“ Graf Zepelin trug dann dem Kaiser seine Pläne vor und erklärte, daß dies das letzte und einzige Mittel sei, England zur Vernunft und zur Erkenntnis zurückzuführen, daß es im Krieg der Kontinentalmächte nichts zu suchen hat.“ Der Kaiser fragte: „Sie waren bis jetzt siebenmal über London?“ Majestät, Majestät.“ Sie haben bis jetzt über 2000 Menschen getötet. Wieviel Leben wollen Sie denn noch vernichten?“ Majestät, erwiderte Graf Zepelin, es handelt sich um Deutschland!“ Der Kaiser erwiderte: Graf Zepelin, Sie werden die Zerstückungsangriffe auf London nicht durchführen! Es ist hinreichend gewesen, bisher die militärischen Objekte in der englischen Hauptstadt zu beweren.“ Damit war die Audienz beendet.

Es sind eingegangen: die Nummern 228-237 vom Reichsgesetzblatt 1919. Diese Gesetzbücher liegen 14 Tage lang im Rathaus, Zimmer 9, aus. Ein Inhaltsverzeichnis ist im Haus für des Rathauses angehängt.

Hohenstein-Ernstthal, am 19. Dezember 1919. Der Stadtrat.

## Kirchenvorstandswahl in der Trinitatisgemeinde.

Mit Ende des Jahres scheiden sämtliche gewählten Mitglieder unseres Kirchenvorstandes die Herren Schuldirektor R. Böhm, Gerbermeister A. Eißner, Kontorist R. Fehner, Fabrikant P. Riebeck und Fleischermeister F. Wolf, aus. Es sind 7 Mitglieder zu wählen. Dieselben müssen kircheneingetragte Mitglieder von gutem Rufe, bewährtem christlichen Glauben, kirchlichen Einfluß und Erfahrung sein und das 30. Lebensjahr vollendet haben. Die jetzt Ausscheidenden sind wieder wählbar.

Die Wahlhandlung soll am 2. Weihnachtsfeiertage, den 26. Dezember, in der Zeit von 11 bis 1 Uhr im Saale des Gemeindefaustes stattfinden. Den nach ihrer Anmeldung zur Wahlliste in dieselbe als stimmberechtigt aufgenommenen Gemeindegliedern werden die amtlichen, von ihnen selbst auszufüllenden und in der Wahlzeit persönlich abzugebenden Stimmzettel rechtzeitig zugestellt werden. Die Wahlliste liegt zur Einsichtnahme bis zum 26. Dezember in der Pfarramtsexpedition öffentlich aus.

Der Kirchenvorstand zu St. Trinitatis. Schmidt, Pfarrer.

## Waren-Verkauf.

Dienstag, den 23. Dezember d. J., auf Lebensmittelkarte Nr. 78 200 Gramm Rubeln für 27 Pfg. und auf Nr. 77 75 Gramm Margarine für 75 Pfg. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß in allen Verkaufsstellen werdende und stillende Mütter gegen Vorlegung der zweiten Fettkarte Trockenmilch oder Hülsenfrüchte, in diesem Falle Rubeln, doppelt zu erhalten haben.

Oberlungwitz, am 22. Dezember 1919. Der Gemeindevorstand.

## Geschäftszeit betr.

Sonntag, den 27. Dezember d. J., sind sämtliche Straßenräume der Gemeindeverwaltung geschlossen. Nur ganz dringliche, keinen Ausschub erzielende Sachen können in der Zeit von 11 bis 12 Uhr vorm. in Zimmer Nr. 3, erledigt werden.

Oberlungwitz, am 22. Dezember 1919. Der Gemeindevorstand.

## Freibank I Oberlungwitz (Postgut).

Dienstag, den 23. Dezember 1919, kommt rohes Kalbfleisch, Pfd. 1,20 Mk., und gekochtes Rindfleisch, Pfd. 2 Mk., zum Verkauf. Die Abgabe erfolgt nur gegen Vorlegung der Freibankbesitzerscheine, mit den Reichsweisschmarken. Nachm. von 2-3 Uhr Karten Nr. 826 bis 880 und 91-150, 3-4: 151-250, 4-5: 251-350. Die Zeiten sind streng einzuhalten.

Oberlungwitz, am 22. Dezember 1919. Der Gemeindevorstand.

## Hundschau.

### Die Pariser Verhandlungen

haben bisher zu einem Ergebnis noch nicht geführt. Angeblich soll die Scapa-Flow-Brücke besondere Schwierigkeiten machen, da die Entschädigungs-Festsetzung mancherlei Klippen zeitigte. Im englischen Unterhaus erklärte Lord Cecil u. a.: Der Fall der jetzigen deutschen Regierung würde nur zu drei Dingen führen können, und zwar zu einem vollkommenen Chaos oder zu einer Regierung der äußersten Linken oder zu einer militärischen Reaktion. — Der unlängst von einem Veluche Deutschlands nach England zurückgekehrte Herausgeber des „Statist“ und Finanzberater der englischen Regierung, George Walsh, schreibt in der „Internationalen Review“, daß die Zahlungen Deutschlands an Frankreich und Italien nicht vor einem Jahr erfolgen können. Es sei nutzlos, darauf zu warten. In Deutschland fehle alles, Bekleidung, Lebensmittel, Brennstoffe und Kredit. Eine Umwälzung in Deutschland würde auf Frankreich, England, Italien vernichtend. Um Frankreich wiederherzustellen, müsse man Deutschland wiederherstellen. Die Gefahr des Wiederauflebens des Militarismus in Deutschland bestehe nicht.

### Das Vertrauen des Reichsfanzlers.

Die Berliner Blätter bringen Berichte über eine Unterredung des Reichsfanzlers Bauer mit dem Berliner Vertreter des Budapest Blattes „N. G.“. Auf die Frage, ob in Deutschland wieder gearbeitet werde, antwortete Bauer, daß Zeichen dafür, daß Arbeitslust und Arbeitswille sich im werktätigen deutschen Volke wieder eingestellt haben, immer häufiger zu beobachten seien. Auch die Vereitwilligkeit zur Akkordarbeit nehme zu. Im Kohlenrebeir seien die Arbeitsleistungen und Förderungsanzahlen gestiegen. Es fehle lediglich an Rohstoffen, welche wir aus den bisher deutschen Gebieten bezogen hätten, an Erzen und Kohlen, welche uns zu immer stärkeren Einschränkungen im Industriegebiet zwingen. Der Reichsfanzler gab weiter sein Vertrauen auf die landwirtschaftliche und politische Gesundheit Deutschlands Ausdruck. Die schweren innerpolitischen Wirren der ersten Monate 1919 seien beseitigt.

### Der Kampf um die 6-Stundenfrist.

In einer Besprechung des Reichskommissars Sebering mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen Rheinlands und Westfalens wurden zunächst die Fragen der Verkürzung der Arbeitszeit im Bergbau behandelt. Der Reichskommissar wies darauf hin, daß die Versuche der Einführung der Sechsstundenfrist den Bergbau vor neue schwere Erschütterungen stellen. Die Bergleute müßten sich darüber klar sein, daß die Einführung der Sechsstundenfrist vorläufig unmöglich und geeignet sei, die Katastrophe langsam aber sicher herbeizuführen.

### Die Zukunft des Außenhandels.

Unterstaatssekretär Dirsch im Reichswirtschaftsamt gewährte einem Mitarbeiter des „W. T.“ eine Unterredung betreffend die Zukunft des Außenhandels. Auf die Frage, ob die Ausfuhrabgabe finanzieller oder wirtschaftlicher Art sein soll, erklärte er, daß die Ausfuhrabgabe nicht finanzieller Natur sei, sondern lediglich die Veranschlagung deutscher Waren und die Entblösung des deutschen Marktes von lebenswichtigen Waren anstrebe. Mitbestimmend für die Entschlüsse der Regierung wären weiter die Klagen des Auslandes über das Dumping und die Tatsache, daß der Export sich zu einem Mittel der Kapitalverschlebung entwickelt hätte. Die rechtliche Struktur aller dieser Maßnahmen ist nur auf zwei Arten möglich. Entweder man macht die Ausfuhr von einer Bewilligung abhängig oder man läßt die Ausfuhr frei, erhebt aber dann in manchen Waren beim Grenzübergang einen Zuschlag zum Preise. In diesem Falle wird es sich um eine amtliche Abgabe handeln. Die Absicht des Reichswirtschaftsamtes geht dahin, die Grenzabgabe nur als Übergangsmassregel zu benutzen, und zwar nur dort, wo wirtschaftliche Selbstverwaltungsstellen noch nicht bestehen. Um die zu erwartenden Einwände aus Freisen der Arbeiterschaft gegen die starke Verzerrung der Privatunternehmer zu entkräften, soll ein gewisser Beitrag als Abgabe für soziale Zwecke erhoben werden.

### Nur 130 Milliarden.

Nach einem Pariser Telegramm sind im französischen Ministerium für die befreiten Gebiete